

## ■ KONJUNKTURABSCHWÄCHUNG VERSTÄRKT ANSTIEG DER ARBEITSLOSIGKEIT

### PROGNOSE FÜR 1996 UND 1997

*Die anhaltende Abschwächung der internationalen Konjunktur erzwingt eine Revision der Wachstumsprognosen. Die österreichische Wirtschaft wird 1996 um nur ¾% und 1997 um 1% expandieren. Dadurch verschlechtert sich die Arbeitsmarktsituation deutlich. Das Budgetdefizit ist jedoch dank des Konsolidierungsprogramms besser unter Kontrolle als in den letzten Jahren: Das „Sparpaket“ ebnet den Weg in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.*

Die internationale Konjunktur hat sich seit der Dezember-Prognose des WIFO weiter verschlechtert. In den meisten europäischen Ländern wurden die Annahmen für das Wirtschaftswachstum nach unten revidiert. Die Aussichten werden jedoch ziemlich unterschiedlich beurteilt: Die aktuellen Prognosen für die deutsche Wirtschaft divergieren zwischen  $\pm 0\%$  und  $+2\%$ .

Die wichtigsten Gründe für das Stocken der Erholung in Europa im 2. Halbjahr 1995 sind die temporäre Abschwächung der Konjunktur in den USA (als „Lokomotive“ der Weltkonjunktur), die simultane restriktive Fiskalpolitik in den meisten europäischen Staaten, das Ende der Lageraufbauphase in Europa und die Wechselkursinstabilitäten vom März 1995. Zu den positiven Indikatoren für den europäischen Konjunkturverlauf zählt, daß sich das Vertrauen der Unternehmer in die Wirtschaft der EU im Jänner erstmals seit einem halben Jahr nicht mehr verschlechterte. Eine weitere Hoffnung besteht darin, daß in vergleichbaren Situationen der Vergangenheit Konjunkturdellen auftraten, die nach spätestens einem Jahr wieder überwunden werden konnten.

Andererseits ist die Verbraucherstimmung in Europa anhaltend pessimistisch und dürfte sich durch die laufenden und die noch bevorstehenden fiskalischen Restriktionsmaßnahmen weiter verschlechtern. Von den in vielen Ländern simultan durchgeführten fiskalpolitischen Konsolidierungsmaßnahmen werden dämpfende Wirkungen auf die europäische Konjunktur ausgehen. Mit einem spürbaren Wirtschaftsaufschwung dürfte in Europa frühestens ab der zweiten Jahreshälfte 1997 zu rechnen sein.

Die Konjunkturprognose entsteht  
jeweils in Zusammenarbeit aller  
Mitarbeiter des WIFO.

Hauptergebnisse der Prognose

	1993	1994	1995	1996	1997
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Brutto-Inlandsprodukt					
Real	+ 0,4	+ 3,0	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,0
Nominell	+ 3,8	+ 6,5	+ 4,0	+ 2,7	+ 2,6
Wertschöpfung Industrie <sup>1)</sup> real	- 3,7	+ 4,2	+ 3,6	+ 1,0	+ 2,0
Privater Konsum real	+ 0,7	+ 2,5	+ 1,9	+ 0,8	+ 0,3
Brutto-Anlageinvestitionen real	- 1,6	+ 6,8	+ 2,3	+ 0,2	+ 1,5
Ausrüstungen	- 8,2	+ 8,8	+ 6,1	+ 2,5	+ 4,0
Bauten	+ 2,9	+ 5,6	- 0,2	- 1,5	- 0,5
Warenexporte					
Real	- 3,4	+ 8,7	+ 8,1	+ 4,0	+ 4,5
Nominell	- 4,2	+ 9,7	+ 9,2	+ 5,0	+ 5,5
Warenimporte					
Real	- 4,4	+ 10,3	+ 6,8	+ 2,5	+ 3,0
Nominell	- 4,9	+ 11,3	+ 7,4	+ 2,7	+ 3,5
Handelsbilanzsaldo Mrd. S	-97,7	-116,4	-115,8	-105,9	-97,7
Leistungsbilanzsaldo Mrd. S	- 8,2	- 20,6	- 47,3	- 40,5	-30,7
In % des BIP	- 0,4	- 0,9	- 2,0	- 1,7	- 1,2
Sekundärmarktrendite <sup>2)</sup> in %	6,7	7,0	7,1	6,2	6,2
Verbraucherpreise	+ 3,6	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,9
Arbeitslosenquote <sup>3)</sup> in %		3,6	3,8	3,9	4,2
Unselbständig Beschäftigte <sup>4)</sup>	- 0,3	+ 0,5	+ 0,0	- 1,0	- 0,8

<sup>1)</sup> Einschließlich Bergbau. - <sup>2)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmarkt). - <sup>3)</sup> laut EU Labour Force Survey (Mikrozensus) - <sup>4)</sup> Ohne Präsenzdienler und Bezieher von Karenzurlaubsgeld

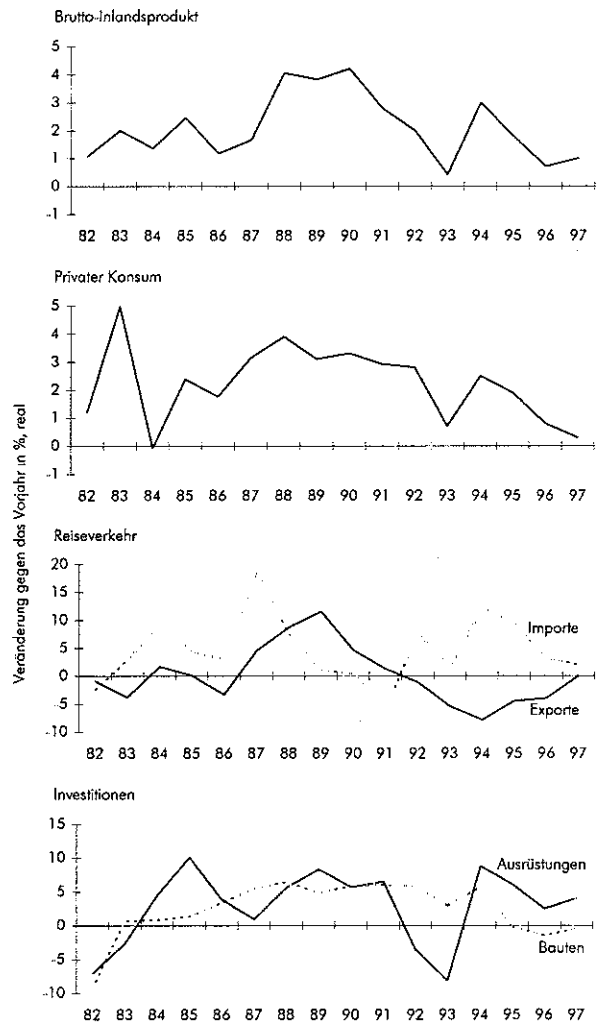
Aufgrund der schwachen internationalen Konjunktur mußte die Prognose der österreichischen Warenexporte für 1996 von real 6% auf 4% zurückgenommen werden. Auch für den heimischen Tourismus sind zumindest 1996 weitere deutliche Einbußen zu erwarten. Angesichts der mäßigen Exportentwicklung werden die Investoren vorsichtiger disponieren und geplante Investitionsprojekte weiter verschieben. Die Zinssätze dürften zwar weiter zurückgehen und die Investitionstätigkeit begünstigen. Bei ungünstigeren Erwartungen über Umsatz- und Ertragswachstum sind aber selbst Kreditzinssätze von 6% für die Unternehmen relativ hoch.

Die wirtschaftspolitische Diskussion wird in Österreich in den letzten Monaten vom Konsolidierungsprogramm und der geplanten Beschäftigungsoffensive der Bundesregierung beherrscht. Das „Sparpaket“ ist so dimensioniert, daß es trotz der Konjunkturabschwächung gelingen dürfte, das Defizit aller öffentlichen Haushalte bis 1997 auf 3% des BIP zu senken und damit das entscheidende Konvergenzkriterium des Maastricht-Vertrags zu erreichen. Österreich ist damit gerüstet, als eines der ersten Länder an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion teilzunehmen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist jedoch, daß die europäische Wirtschaft nicht in eine Rezession abgleitet.

Die Bauwirtschaft wird durch die geplante Infrastruktur-offensive der Bundesregierung vor stärkeren Einbrüchen bewahrt. Diese Initiative wird aber ihre Wirkung nicht schon 1996 entfalten können. Die Entwicklung der inländischen Nachfrage wird entscheidend davon abhängen, wie die Verbraucher auf das Konsolidierungsprogramm reagieren. Die Erfahrungen der Vergangenheit und die ökonomischen Modelle legen nahe, daß die Sparquote der privaten Haushalte in dieser Situation

Produktion und Nachfrage

Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %



deutlich zurückgeht. „Angstsparen“ ist nur vereinzelt zu erwarten, überwiegen wird die Verringerung der bisher hohen Sparneigung. Trotz der Realeinkommenseinbußen dürfte der private Konsum deshalb leicht steigen.

Österreichs Leistungsbilanz wird durch die schwache inländische Nachfrage entlastet, das Defizit geht bis 1997 auf etwa 30 Mrd. S zurück. Die Strukturprobleme im Reiseverkehr bleiben bestehen.

Die Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt fällt 1996 wesentlich stärker aus, als bisher angenommen wurde. Dazu tragen vor allem die deutliche Abschwächung der Exportkonjunktur und der hohe Wettbewerbsdruck bei, aber auch der witterungsbedingte Produktionsausfall sowie die Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst. Heuer gehen per Saldo 30.000, 1997 25.000 Arbeitsplätze verloren, die Zahl der Arbeitslosen könnte jeweils um mehr als 20.000 steigen. Die Arbeitslosenquote erreicht 1997 8% der unselbständig Erwerbstätigen nach traditioneller Berechnungsmethode bzw. 4¼% der Erwerbstätigen laut EU-Survey.

Die Inflation haben die Notenbanken fest im Griff. In Deutschland sank die Inflationsrate im Jänner auf 1,5%, während die Arbeitslosenquote einen neuen Rekordwert erreichte. In Österreich wird sich die Preissteigerung nahe der 2%-Marke stabilisieren. Sie liegt damit unter den Werten der Weichwährungsländer, sodaß der Abwertungsvorsprung dieser Länder wieder ausgeglichen wird, aber deutlich langsamer als nach der Abwertungswelle der frühen achtziger Jahre.

### ERHEBLICHE WACHSTUMS- ABSCHWÄCHUNG IN EUROPA

Seit Mitte 1995 hat sich die Wachstumsdynamik in Europa merklich abgeschwächt. Eine Abkühlung des Konjunkturklimas nach einer ersten Phase kräftigen Aufschwungs war auch in vergangenen Zyklen zu beobachten. Sie hängt oft mit dem Ende des Lageraufbaus und dem Abklingen einer ersten Investitionswelle zusammen. Der aktuelle Konjunkturreinbruch ist aber merklich schärfer und nachhaltiger. Er betrifft zudem in wesentlich stärkerem Ausmaß die Hartwährungsländer; die Weichwährungsländer sind immer noch durch die Auswirkungen der Abwertungen der letzten Jahre begünstigt.

Verschiedene wirtschaftspolitische Faktoren dämpfen zur Zeit in Europa das Wachstum: Die meisten europäischen Länder sind von der Erfüllung der fiskalischen Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages noch ein gutes Stück entfernt. Die simultanen und umfangreichen Konsolidierungsanstrengungen beeinträchtigen nicht nur die inländische Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern, sondern bremsen auch die Außenhandelsdynamik aller Länder. Die bilateralen Wechselkurse innerhalb Europas sind seit einem Jahr recht stabil. Dennoch besteht anhaltende Unsicherheit über ihre weitere Entwicklung im Vorfeld der Entscheidung über die Verwirklichung der Europäischen Währungsunion. Nicht nur die Weichwährungsländer, sondern auch eine Reihe von Ländern mit langjährigem Erfolg in der Preisstabilisierung haben deshalb nach wie vor mit einem relativ hohen Niveau der langfristigen Zinsen zu kämpfen. Zudem wurde die Überbewertung der harten Währungen nach den Wechselkursverschiebungen der Jahre 1992/93 bisher nur teilweise korrigiert. Die Unsicherheit über die monetären Rahmenbedingungen und die schwache Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beeinträchtigen das Vertrauen der Unternehmer und legen oft Verschiebungen der – aufgrund der in ganz Europa befriedigenden Gewinnsituation – weiterhin geplanten Investitionsprojekte nahe.

Der Konjunkturreinbruch hat Deutschland besonders hart getroffen. Die außergewöhnlich schwache Entwicklung im 2. Halbjahr 1995 wurde durch alle inländischen Nachfragekomponenten bestimmt. Die Rezession in der

### Annahmen über die internationale Konjunktur

	1993	1994	1995	1996	1997
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Brutto-Inlandsprodukt real					
OECD insgesamt	+ 1,0	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,3
USA	+ 3,1	+ 4,1	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,5
Japan	- 0,2	+ 0,5	+ 0,3	+ 1,8	+ 2,5
EU	- 0,6	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,5	+ 1,8
Deutschland	- 1,2	+ 2,9	+ 1,9	+ 0,8	+ 1,3
Osteuropa	+ 0,7	+ 3,6	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,3
Welthandel, real	+ 3,6	+ 10,3	+ 9,2	+ 8,0	+ 7,5
Marktwachstum <sup>1)</sup> Österreichs	- 2,5	+ 7,0	+ 5,7	+ 4,0	+ 4,5
Weltmarkt-Rohstoffpreis <sup>2)</sup>					
Insgesamt	- 9,9	+ 2,4	+ 10,1	+ 2,0	+ 1,0
Ohne Rohöl	- 8,1	+ 16,5	+ 13,3	+ 2,0	+ 1,0
Erdölpreis <sup>2)</sup>	\$ je Barrel	16,4	15,7	17,2	17,0
Wechselkurs	\$/je \$	11,63	11,42	10,08	10,70
	\$/je \$	11,63	11,42	10,08	10,70

<sup>1)</sup> Reales Importwachstum der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen  
<sup>2)</sup> HWWA-Index, Dollarbasis – <sup>2)</sup> Durchschnittlicher Importpreis der OECD (Ia)

Bauwirtschaft war nach der langen Wachstumsphase und mit dem Auslaufen verschiedener Förderungsmaßnahmen erwartet worden. Überraschend kam für viele Beobachter die starke Eintrübung des Investitionsklimas. Auch der private Konsum hat die Erwartungen nicht er-

*Der Konjunkturreinbruch in Deutschland ist durch einen Rückgang der Bau- und Ausrüstungsinvestitionen gekennzeichnet. Die makroökonomische Situation weist deflationäre Tendenzen auf. Die Rahmenbedingungen lassen unmittelbar keine dynamische Erholung der Wirtschaft erwarten.*

füllt. Die Sparquote war nach den massiven Steuererhöhungen der letzten Jahre erheblich zurückgenommen worden. Nunmehr nutzen die privaten Haushalte die günstigere Entwicklung der verfügbaren Einkommen zu einer Korrektur. Damit wird auch die zu Jahresbeginn erfolgte Entlastung durch die steuerliche Freistellung des Existenzminimums nicht im vollen Ausmaß nachfragewirksam werden. Die Frühindikatoren lassen zumindest für die ersten zwei Quartale 1996 eine weitere Wachstumsabschwächung erwarten. Damit wird das deutsche BIP im laufenden Jahr real um weniger als 1% expandieren. Eine etwas günstigere Entwicklung ist frühestens im Laufe des Jahres 1997 zu erwarten, wiewohl die Rahmenbedingungen auch dann nicht auf eine starke Wachstumsdynamik hindeuten.

Eine Reihe von Faktoren begünstigt aber andererseits die europäische Konjunktur. Der Dollar zeigt nach wie vor leichte Aufwertungstendenz. Damit ist nicht nur in Südostasien, sondern auch im europäischen Wechselkursgefüge eine Tendenz zur Stabilisierung verbunden. Das in fast ganz Europa erreichte Ausmaß der Preisstabilität und die schwache Konjunktur werden die europäischen Notenbanken im laufenden Jahr zu weiteren Senkungen des kurzfristigen Zinsniveaus veranlassen. Das langfristige Zinsniveau traf zuletzt auf eine „Barrie-

re nach unten". Dies steht mit Portfolioumschichtungen zugunsten der Aktien- und Immobilienmärkte in Zusammenhang. Dennoch ist zu erwarten, daß der Anstieg der langfristigen Zinsen von Februar und März korrigiert wird und damit zumindest für den engeren Kreis der Hartwährungsländer günstige Finanzierungsbedingungen bestehen bleiben.

*Positive Impulse kommen für die europäischen Volkswirtschaften von den günstigeren Konjunkturerwartungen in den USA und Japan, vom Wachstum in Osteuropa, dem leicht steigenden Dollarkurs und weiteren Zinsrückgängen im kurzfristigen Bereich.*

Auch von den Volkswirtschaften außerhalb der EU sind positive Wachstumsimpulse zu erwarten. In den USA konnte durch eine pragmatisch orientierte Wirtschaftspolitik die Konjunkturdynamik stabilisiert werden. Investitionen und Export tragen das Wirtschaftswachstum, das – trotz weiterhin günstiger Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt – auch von der Preisseite her nicht gefährdet erscheint. Damit wächst die Wirtschaft in den USA seit 1992 erheblich rascher als in Europa. Nunmehr dürfte auch in Japan die seit langem erwartete Erholung eingesetzt haben. Die Expansion im IV. Quartal 1995 war nicht nur von der anhaltend expansiven Fiskalpolitik, sondern auch von einer kontinuierlichen Ausweitung der Industrieproduktion getragen. Ein rascher Übergang zur – aus der zweiten Hälfte der achtziger Jahre bekannten – hohen Wachstumsdynamik ist allerdings angesichts der unsicheren Wechselkursperspektiven und des nicht abgeschlossenen „balance sheet adjustment“ im privaten Sektor (anhaltende Überschuldung von privaten Haushalten und Unternehmen) nicht zu erwarten.

Aus Osteuropa liegen bisher keine Informationen vor, die auf eine merkliche Verlangsamung des Wachstums hindeuten würden. Die lebhaftere Nachfrage liefert weiterhin einen bedeutenden Impuls für die Außenhandelsdynamik der angrenzenden westeuropäischen Länder. Allerdings leiden die osteuropäischen Länder zunehmend unter Expansionsbeschränkungen von seiten der Leistungsbilanz. Mit einer Dämpfung der Konjunktur in Westeuropa drohen sich diese restriktiven Faktoren zu verstärken.

## WACHSTUMSEINBRUCH IN EUROPA SCHWÄCHT AUSSENHANDELSDYNAMIK

Die deutliche Abschwächung der Konjunktur bedeutender Handelspartner ist der wichtigste Bestimmungsgrund für eine Revision der österreichischen Wachstumsprognose. Hingegen waren die konjunkturdämpfenden Wirkungen des Konsolidierungsprogramms vom

Umfang, weniger von der Struktur der Maßnahmen im wesentlichen schon in der Dezember-Prognose erfaßt. Die Zunahme der Warenexporte wird 1996 real nur noch etwa 4% betragen und sich 1997 nur geringfügig beschleunigen. Dies bedeutet eine deutliche Verlangsamung gegenüber der regen Entwicklung im abgelaufenen Jahr. Dennoch bleibt der Export die wesentliche Wachstumsstütze. Wenngleich die Beurteilung des österreichischen Außenhandels durch die außerordentlich schlechte Datenlage erschwert wird, ist die lebhaftere Dynamik des Exports im Jahr 1995 unbestritten. Die österreichischen Exporteure haben sich auf dem EU-Binnenmarkt behauptet, auch weil sie vom Lageraufbau und der Investitionsdynamik im I. Halbjahr 1995 besonders begünstigt waren. Zudem profitieren sie von den engen Handelsverflechtungen mit den Wachstumszonen Osteuropas, aber auch mit Italien.

Schon im IV. Quartal 1995 zeigen die Daten allerdings eine deutliche Abschwächung des Exportwachstums. Diese wird sich vor allem aufgrund der ungünstigeren Konjunkturaussichten in Deutschland und anderen westeuropäischen Handelspartnern auch im I. Halbjahr 1996 fortsetzen. Der Export wird erheblich stärker von der Nachfrageschwäche im Ausland als von mangelnder Konkurrenzfähigkeit gedämpft. Unter der gegebenen Annahme stabiler Wechselkurse und bei anhaltend starkem Produktivitätswachstum in der Industrie sowie einer Fortsetzung der erfolgreichen makroökonomisch orientierten Lohnpolitik verbessert sich die Wettbewerbsposition der österreichischen Exporteure im Prognosezeitraum merklich. Der real-effektive Wechselkurs geht leicht zurück. Die relativen Lohnstückkosten (in einheitlicher Währung) sinken gegenüber den Handelspartnern in beiden Jahren jeweils um etwa 3½%. Nur ein noch stärkerer Einbruch der westeuropäischen Konjunktur oder neuerliche gravierende Wechselkursänderungen könnten die nach wie vor günstigen Exportaussichten beeinträchtigen.

Ein Sorgenkind der Außenwirtschaft bleibt der Tourismus. Noch immer sind die Preisrelationen die wichtigste Determinante im internationalen Reiseverkehr. Wechselkursituation und anhaltender Druck auf die Flugpreise beeinträchtigen auch 1996 die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Tourismusbetriebe. Die Reiseverkehrs-bilanz war in den vergangenen Jahren allerdings primär von der hohen Dynamik der Devisenausgänge geprägt. Ihre Zunahme verringert sich nun kontinuierlich. Mit dem Rückgang der verfügbaren Einkommen im Zuge von Wachstumsdämpfung und Budgetkonsolidierung sinkt auch das Urlaubsbudget der Österreicher. Zudem sollten sich die Warendirektimporte – die etwa 40% aller dem Reiseverkehr zugeordneten Importe ausmachen – bei stabilen Wechselkursen und dem Auslaufen der unmittelbaren Effekte des Wegfalls der Grenzkontrollen nach dem EU-Beitritt mäßig entwickeln.

## LEISTUNGSBILANZDEFIZIT GEHT AUF 1% DES BIP ZURÜCK

Die Abschwächung der heimischen Nachfrage und die (annahmegemäß) stabilen Wechselkurse entlasten die österreichische Leistungsbilanz. Deren Defizit wird nach dem Höchststand im Jahr 1995 (47 Mrd. S) laufend sinken und 1997 mit gut 1% des BIP wieder einen Wert erreichen, der allgemein als wirtschaftspolitisch tolerabel angesehen wird. Dennoch bleibt das Strukturproblem, das in den letzten Jahren für die gesamte Leistungsbilanz mit dem kräftigen Rückgang der Überschüsse im Reiseverkehr entstanden ist, bestehen. Mittelfristig muß sich primär der Saldo der Handelsbilanz weiter verbessern, wenn ein Ausgleich der Leistungsbilanz erreicht werden soll.

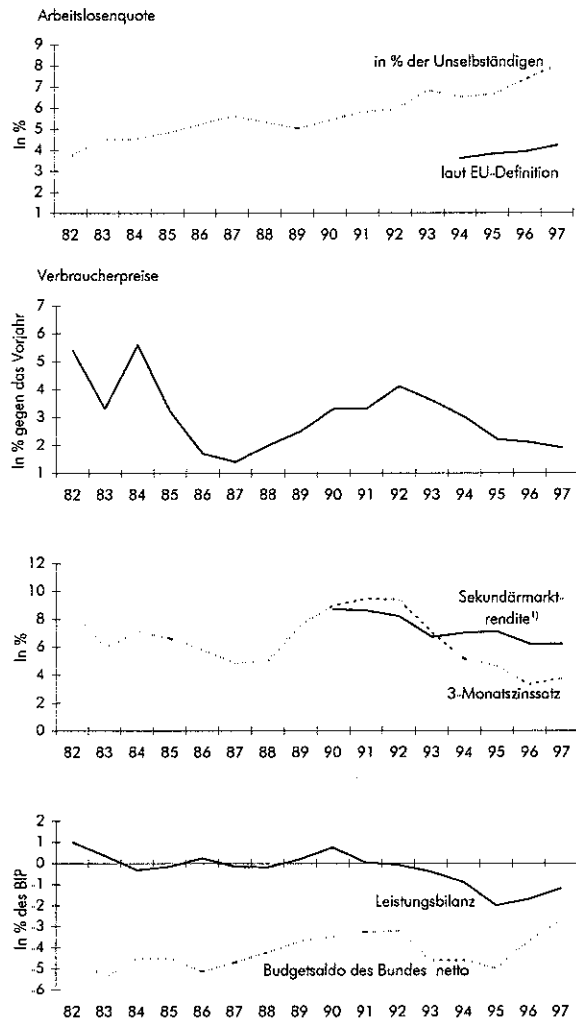
## KEINE RASCHE ERHOLUNG DER INDUSTRIEKONJUNKTUR

Von der Verringerung der Nachfrage aus dem Ausland ist unmittelbar die Industrieproduktion betroffen. Seit dem Höhepunkt der Industriekonjunktur im Frühsommer 1995 sank die Produktion saisonbereinigt um etwa 7%. Vor allem die Erzeugung von Investitionsgütern war im 2. Halbjahr 1995 stark rückläufig. Darin spiegelt sich die Verschiebung von Investitionsprojekten der Handelspartner und im Inland. Die Unsicherheit über die weitere Konjunkturentwicklung veranlaßt die Unternehmen, bestehende Investitionspläne aufzuschieben. Für die Ausrüstungsinvestitionen sind daher nur schwache Zuwächse zu erwarten. Sie dienen zudem primär der Rationalisierung, zu der die Unternehmen durch den hohen internationalen Konkurrenzdruck gezwungen sind.

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests lassen für das 1. Halbjahr 1996 keine Erholung der Industriekonjunktur erkennen. In den jüngsten Werten der Frühindikatoren stabilisieren sich zwar die Produktionserwartungen (sie weisen den größten zeitlichen Vorlauf auf), aber auf tiefem Niveau. Im Basissektor, dem Chemiesektor und der technischen Verarbeitung deutet sich eine leichte Verbesserung an. Die Produktion könnte sich daher ab Mitte 1996 leicht erholen; allerdings ist insgesamt im laufenden Jahr kein wesentlicher Zuwachs gegenüber 1995 zu erwarten.

Auch für 1997 ist mit einem nur mäßigen Wachstum der Industrieproduktion zu rechnen. Gleichzeitig verliert Österreich weiterhin Industriearbeitsplätze (1996 -5% auf 435 000, 1997 -3%). In der Vergangenheit entwickelte sich die Produktivität in Österreich stark prozyklisch: Die Industrieunternehmen reagierten auf Auslastungsschwankungen deutlich weniger mit Beschäftigungsanpassungen als im westlichen Ausland. Infolge der härteren Wettbewerbsbedingungen dürfte sich dieses Muster nunmehr verändern. Trotz des schwachen

### Wichtige Konjunkturindikatoren



<sup>1)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark)

Outputwachstums steigt die Stundenproduktivität in der Industrie 1996 und 1997 kräftig (jeweils +6%).

## ANHALTENDE BAUREZSSION

Wichtige Teile der Industrie werden auch durch die merkliche Abschwächung der Bautätigkeit beeinträchtigt. Die Produktion von Vorleistungen für die Bauwirtschaft ging im 2. Halbjahr 1995 erheblich zurück, und die Frühindikatoren lassen nicht auf eine bevorstehende Belebung schließen. Die Bauwirtschaft war vor allem im Osten Österreichs durch den kalten und schneereichen Winter beeinträchtigt. Zudem stehen die Gemeinden, die mit fast zwei Dritteln den größten Teil der öffentlichen Investitionen tätigen, erheblichem Konsolidierungsbedarf in ihren Haushalten gegenüber; dies trug zum Rückgang von Auftragseingängen und Produktion im Tiefbau wesentlich bei. Dagegen bleibt die Produktion im Hochbau, insbesondere im Wohnungsbau weiterhin relativ reg. Die Finanzierungsbedingungen sind gün-

Entwicklung der realen Wertschöpfung

	1995	1996	1997	1995	1996	1997
	Zu Preisen von 1983 in Mrd S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Sachgüterproduktion und Bergbau	440,5	444,9	452,7	+3,5	+1,0	+1,8
Industrie und Bergbau	332,1	335,4	342,1	+3,7	+1,0	+2,0
Gewerbe	108,4	109,5	110,6	+2,7	+1,0	+1,0
Energie- und Wasserversorgung	54,9	55,6	56,4	+4,8	+1,3	+1,5
Bauwesen	122,3	119,9	118,7	-0,7	-2,0	-1,0
Handel <sup>1)</sup>	266,2	265,7	266,0	+0,2	-0,2	+0,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	113,9	116,8	119,1	+2,9	+2,5	+2,0
Vermögensverwaltung <sup>2)</sup>	237,5	242,3	247,1	+2,6	+2,0	+2,0
Sonstige private Dienste <sup>3)</sup>	73,9	75,0	76,2	+1,9	+1,5	+1,5
Öffentlicher Dienst	196,5	196,5	196,5	+0,8	±0,0	±0,0
Wertschöpfung ohne Land- und Forstwirtschaft	1 505,7	1 516,7	1 532,6	+2,0	+0,7	+1,1
Land- und Forstwirtschaft	43,3	43,8	43,8	-3,0	+1,0	±0,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche <sup>4)</sup>	1 549,1	1 560,4	1 576,4	+1,8	+0,7	+1,0
Brutto-Inlandsprodukt	1 597,2	1 608,0	1 623,8	+1,8	+0,7	+1,0

<sup>1)</sup> Einschließlich Beherbergungs- und Gaststättenwesen. – <sup>2)</sup> Banken und Versicherungen, Realitätenwesen sowie Rechts- und Wirtschaftsdienste. – <sup>3)</sup> Sonstige Dienste, private Dienste ohne Erwerbscharakter und häusliche Dienste. – <sup>4)</sup> Vor Abzug der imputierten Bankdienstleistungen und vor Zurechnung der Importabgaben und der Mehrwertsteuer

stig, und der Wohnungsneubau ist mit Fördermitteln reichlich ausgestattet.

Die Bauwirtschaft befindet sich nach einer ungewöhnlich langen Expansionsphase nunmehr in der Rezession. Eine rasche Erholung ist nicht zu erwarten. In der Beurteilung ist auch zu berücksichtigen, daß die österreichische Bauwirtschaft im europäischen Vergleich relativ groß dimensioniert ist. Die Bundesregierung plant eine Reihe von Investitionsprojekten, mit denen nicht nur dem starken Rückgang der Baubeschäftigung begegnet werden soll, sondern auch dringend benötigte Infrastrukturverbesserungen eingeleitet werden können. Die großen Herausforderungen für die Verkehrsinfrastruktur durch die Ostöffnung und die rasch steigenden Bedürfnisse etwa in der Telekommunikationsinfrastruktur rechtfertigen in strukturpolitischer Hinsicht ohne Zweifel ein intensiviertes Engagement der öffentlichen Hand. So diese Maßnahmen rasch und zusätzlich zu laufenden Investitionsprojekten umgesetzt werden, können sie eine Entlastung für die angespannte Situation in der Bauwirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt bringen.

**UMFANGREICHES KONSOLIDIERUNGSPROGRAMM ERMÖGLICHT ZIELERREICHUNG TROTZ UNGÜNSTIGER RAHMENBEDINGUNGEN**

Die entscheidende Determinante für die inländische Nachfrage sind 1996 wie 1997 sicher die Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Die Bundesregierung hat ein Konsolidierungsprogramm für den Bundeshaushalt 1996 und 1997 vorgelegt, das auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite sehr umfangreich ist. Politisch vereinbart sind neben einer Rückführung des Defizits im Bundeshaushalt auch erhebliche An-

Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	1993	1994	1995	1996	1997
	Mrd S				
<i>Budgetpolitik</i>					
Budgetsaldo des Bundes, netto	-98,2	-104,8	-117,9	-90,6	-68,0
	In % des BIP				
Budgetsaldo des Bundes, netto	-4,6	-4,6	-5,0	-3,7	-2,7
Finanzierungssaldo laut VGR					
Bund	-4,7	-4,5	-5,3	-4,1	-2,7
Alle öffentlichen Haushalte	-4,1	-4,5	-6,2	-4,5	-3,0
	In %				
<i>Geldpolitik</i>					
Dreimonatszinssatz (MIBOR)	7,0	5,1	4,6	3,3	3,7
Sekundärmarkttrendite <sup>1)</sup>	6,7	7,0	7,1	6,2	6,2

<sup>1)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (benchmark)

strengungen auf Länder- und Gemeindeebene. Insgesamt umfaßt das Paket ein Konsolidierungsvolumen von etwa 120 Mrd S, das vom Umfang, nicht von der Struktur schon weitgehend in der Dezember-Prognose erfaßt war. Trotz Beibehaltung der Tarife für Einkommen- und Körperschaftsteuer sieht das Programm erhebliche Beiträge aus dem Steueraufkommen durch Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlagen vor. Auf der Ausgabe-seite werden die größten Kürzungen im Personalaufwand für den öffentlichen Dienst und in den Sozialausgaben wirksam. Wesentliche Einsparungen betreffen das Karenzurlaubsgeld, den Pflegebereich, die Geburtenbeihilfe und die Arbeitsmarktmittel. Im internationalen Vergleich ist das österreichische Vorhaben zudem durch die kurze Frist für die Konsolidierung charakterisiert: Innerhalb von nur zwei Jahren soll das Net Lending der öffentlichen Haushalte um mehr als 3% des BIP verringert und damit halbiert werden.

*Das mäßige Einkommenswachstum und vor allem der Beschäftigungseinbruch haben Steuerausfälle und steigende Sozialtransfers zur Folge. Eine Persistenz der hohen Arbeitslosigkeit würde die Budgetkonsolidierung mittelfristig deutlich erschweren.*

Die Konsolidierung wird allerdings durch zwei ungünstige Rahmenbedingungen beeinträchtigt: Das mit der erheblichen Abschwächung der internationalen Konjunktur und dem hohen Maß an Preisstabilität verbundene geringe nominelle Wirtschaftswachstum von weniger als 3% und der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit belasten über Steuerausfälle und höhere Ausgabenerfordernisse die öffentlichen Haushalte. Die Umsetzung des Konsolidierungsvorhabens läßt unter den gegebenen Wachstumsperspektiven und bei Eintreten der erwarteten Reaktionen der privaten Haushalte dennoch eine Erfüllung der politisch vereinbarten Ziele bis 1997 zu Privatisierungserlöse und weitergehende Strukturreformen in der öffentlichen Aufgabenerfüllung eröffnen. Zudem Spielräume für

Entwicklung der Nachfrage

	1995	1996	1997	1995	1996	1997
	Mrd S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1983)</i>						
Privater Konsum	919,2	926,5	929,3	+1,9	+0,8	+0,3
Öffentlicher Konsum	273,0	273,0	271,6	+2,1	±0,0	-0,5
Brutto-Anlageinvestitionen	427,3	428,2	434,4	+2,3	+0,2	+1,5
Ausrüstungen (netto) <sup>1)</sup>	171,2	175,5	182,5	+6,1	+2,5	+4,0
Bauten (netto) <sup>1)</sup>	231,5	228,0	226,9	-0,2	-1,5	-0,5
Lagerbewegung und Statistische Differenz	42,1	44,9	48,6			
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1.661,6	1.672,6	1.684,0	+2,9	+0,7	+0,7
Plus Exporte i w S <sup>2)</sup>	771,2	793,9	824,7	+5,0	+2,9	+3,9
Reiseverkehr	99,8	95,8	95,8	-4,5	-4,0	±0,0
Minus Importe i w S <sup>2)</sup>	835,6	858,5	884,9	+7,1	+2,7	+3,1
Reiseverkehr	90,9	93,6	95,5	+9,3	+3,0	+2,0
Brutto-Inlandsprodukt	1.597,2	1.608,0	1.623,8	+1,8	+0,7	+1,0
Nominal	2.352,4	2.416,9	2.480,5	+4,0	+2,7	+2,6

<sup>1)</sup> Ohne Mehrwertsteuer - <sup>2)</sup> Ohne Transitverkehr (einschließlich Transitsalden) - <sup>3)</sup> Ohne Transitverkehr

Privater Konsum

	1993	1994	1995	1996	1997
	Veränderung gegen das Vorjahr in % real				
Privater Konsum	+ 0,7	+ 2,5	+ 1,9	+ 0,8	+ 0,3
Dauerhafte Konsumgüter	- 4,0	+ 0,9	+ 1,5	- 0,6	- 2,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,4	+ 2,8	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,7
Netto-Masseneinkommen	+ 2,2	+ 1,7	+ 0,6	- 0,2	- 1,2
Verfügbares persönliches Einkommen	+ 0,3	+ 4,1	+ 1,7	- 0,8	- 0,7
Sparquote, in % des verfügbaren Einkommens	12,2	13,6	13,4	12,0	11,1

Wirkungen: Die Beschäftigung wird 1996 um 30.000 und 1997 um weitere 25.000 sinken. Sie fällt damit wieder auf das Niveau von Anfang der neunziger Jahre zurück. Der Beschäftigungsabbau beschränkt sich nicht auf den sekundären Sektor, sondern erfaßt auch viele Dienstleistungen. Eine Reihe von Dienstleistungsbereichen ist verstärktem Wettbewerbsdruck ausgesetzt und damit gezwungen, Produktivitätspotentiale auszuschöpfen. Auch der öffentliche Sektor – ein bedeutender Faktor in der Beschäftigungsexpansion der letzten Jahre – dämpft die Arbeitskräftenachfrage nun erheblich.

Der Beschäftigungseinbruch schlägt sich stark, aber nicht im vollen Ausmaß in steigender Arbeitslosigkeit nieder. Das Arbeitskräfteangebot geht weiterhin zurück. Vor allem die Frauenerwerbsquote dürfte erheblich unter Druck geraten. Dennoch erhöht sich die Arbeitslosigkeit in beiden Jahren jeweils um gut 20.000. Damit wird 1997 ein neuer Höchststand von durchschnittlich 260.000 Arbeitslosen erreicht werden. Die Arbeitslosenquote steigt nach traditioneller Berechnung auf 8% der unselbständig Beschäftigten. Laut EU-Survey, der auf einer Mikrozensushebung beruht, wird sich 1997 eine Arbeitslosenquote von 4¼% ergeben.

Die von der Bundesregierung angekündigten beschäftigungsfördernden Maßnahmen haben mittelfristig großen Einfluß auf den Erfolg der Budgetkonsolidierung. Die Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, wie hartnäckig einmal entstandene Arbeitslosigkeit über Steuerausfälle und steigende Sozialausgaben die öffentlichen Haushalte strukturell unter Druck setzt und die Konsolidierungsanstrengungen erschwert.

Produktivität

	1993	1994	1995	1996	1997
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Brutto-Inlandsprodukt real	+0,4	+3,0	+1,8	+0,7	+1,0
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	-0,4	+0,1	-0,3	-1,1	-1,0
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+0,8	+2,9	+2,1	+1,8	+2,0
Industrieproduktion <sup>2)</sup>	-2,6	+5,5	+4,6	+1,0	+2,0
Industriebeschäftigte	-6,5	-3,6	-1,0	-5,0	-3,0
Stundenproduktivität in der Industrie <sup>3)</sup>	+4,4	+8,1	+6,3	+6,0	+6,0
Geleistete Arbeitszeit je Industriearbeiter	-0,2	+1,2	-0,6	±0,0	-1,0

<sup>1)</sup> Unselbständige und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. - <sup>2)</sup> Laut Produktionsindex (ohne Energieversorgung, kalendermonatlich) - <sup>3)</sup> Produktion je geleistete Arbeiterstunde.

expansive Maßnahmen der Infrastrukturverbesserung, Technologieförderung und Beschäftigungssicherung, die als zusätzliche Wachstumsimpulse mittelfristig auch die öffentlichen Haushalte positiv beeinflussen können.

**STARKER RÜCKGANG DER SPARQUOTE ERLAUBT MÄSSIGES KONSUMWACHSTUM**

Das mit dem Einbruch der internationalen Konjunktur verbundene schwächere Lohnwachstum, der empfindliche Beschäftigungsrückgang, die Transferkürzungen und Steuererhöhungen des Konsolidierungsprogramms lassen die Einkommen nur langsam wachsen. Die Bruttoverdienste der Arbeitnehmer steigen verhalten, die Netto-Realeinkommen der Arbeitnehmer werden deshalb zurückgehen. Die verfügbaren Einkommen sinken 1996 und 1997 real jeweils um etwa ¾%. Dennoch kann der private Konsum weiterhin Wachstumsbeiträge leisten; die Konsumnachfrage steigt um 0,8% bzw. 0,3%. Besonders die Nachfrage nach nichtdauerhaften Konsumgütern und Dienstleistungen wirkt konjunkturstabilisierend. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit in Österreich und auch aus der Reaktion der Konsumenten auf die massiven Steuererhöhungen in Deutschland lassen erwarten, daß die Sparquote von ihrem hohen Niveau erheblich verringert wird, und zwar um gut 2 Prozentpunkte auf etwas mehr als 11% im Jahr 1997. Die deutliche Abnahme des Sparanteils an den verfügbaren Einkommen verhindert das Abgleiten der österreichischen Wirtschaft in eine Rezession.

**BESCHÄFTIGUNGSABBAU HÄLT AN, ARBEITSLOSIGKEIT ERREICHT REKORDNIVEAU**

Die bedeutende Abschwächung der effektiven Nachfrage hat vor allem auf dem Arbeitsmarkt gravierende

Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1993	1994	1995	1996	1997
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	+4,2	+3,1	+3,8	+2,6	+2,3
Realeinkommen je Arbeitnehmer					
Brutto	+0,7	+0,1	+1,5	+0,5	+0,4
Netto	-0,6	+0,7	+0,8	-0,3	-1,0
Netto-Masseneinkommen, nominell	+5,7	+4,8	+2,8	+1,9	+0,7
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	+3,8	+0,5	+1,9	+1,0	+0,6
Verarbeitende Industrie	+0,9	-3,6	-0,9	-2,6	-3,0
Relative Lohnstückkosten <sup>1)</sup>					
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	+1,2	+0,7	+1,9	-3,6	-3,4
Gegenüber der BRD	-2,6	+2,6	-1,2	-3,6	-3,0
Effektiver Wechselkurs					
Real	+2,7	+0,9	+3,2	-1,1	-0,6
Industriewaren	+2,7	+0,6	+2,6	-0,7	-0,5
Nominell	+2,9	+1,2	+3,9	-0,2	+0,5
Industriewaren	+2,7	+0,6	+3,0	±0,0	+0,4

<sup>1)</sup> In der verarbeitenden Industrie, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit

PREISENTWICKLUNG STABIL

Unter dem Einfluß eines scharfen Konkurrenzkampfes im Binnenmarkt und der restriktiven Rahmenbedingungen vor allem der Fiskalpolitik ist die Wirtschaft in fast ganz Europa von sehr niedrigen Preissteigerungsraten geprägt, Inflationsgefahr ist seit Jahren nicht in Sicht. Dies gilt auch für Österreich. Auf Verbraucherebene sind in beiden Prognosejahren Preissteigerungen um etwa 2% zu erwarten. Die Preise industriell-gewerblicher Waren sind nahezu stabil. Die „EU-Effekte“ einer Dämpfung der Nahrungsmittel- und Bekleidungspreise klingen in den kommenden Monaten langsam ab. Überdurchschnittlich steigen die Preise wie gewohnt im Dienstlei-

Arbeitsmarkt

	1993	1994	1995	1996	1997
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1 000				
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>					
Unselbständig und selbständig Erwerbstätige	-11,0	+5,8	-12,3	-41,0	-36,0
Unselbständig Beschäftigte insgesamt <sup>1)</sup>	-0,9	+15,8	-2,5	-34,0	-29,0
Ohne Präsenzdienere und Bezieher von Karenzurlaubsgeld	-7,9	+15,8	+0,6	-30,0	-25,0
<i>Veränderung gegen das Vorjahr</i>					
<i>in %</i>	-0,3	+0,5	+0,0	-1,0	-0,8
Präsenzdienere und Bezieher von Karenzurlaubsgeld <sup>1)</sup>	+7,0	+0,0	-3,2	-4,0	-4,0
Ausländer <sup>2)</sup>	+2,1	+15,0	+9,3	±0,0	±0,0
Selbständige <sup>3)</sup>	-10,1	-10,0	-9,8	-7,0	-7,0
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>					
Erwerbspersonen im Inland	+18,2	-1,5	-11,6	-19,0	-14,0
Ausländer	+7,1	+11,9	+8,7	+2,5	±0,0
Wanderung von inländern	+2,5	+1,5	+1,3	+2,5	±0,0
Inländer	+8,6	-14,9	-21,6	-24,0	-14,0
<i>Überschuß an Arbeitskräften</i>					
Vorgemerkte Arbeitslose <sup>4)</sup>	+29,2	-7,3	+0,8	+22,0	+22,0
Stand	222,3	214,9	215,7	237,7	259,7
Arbeitslosenquote					
In % der unselbständig Erwerbstätigen <sup>1)</sup>	6,8	6,5	6,6	7,3	8,0
In % der Erwerbspersonen <sup>4)</sup>	6,1	5,9	5,9	6,5	7,2
In % der Erwerbspersonen nach EU-Definition <sup>5)</sup>		3,6	3,8	3,9	4,2

<sup>1)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger – <sup>2)</sup> Bereinigt um statistische Brüche – <sup>3)</sup> Laut WIFO – <sup>4)</sup> Laut Arbeitsamtstatistik – <sup>5)</sup> Laut EU Labour Force Survey (Mikrozensus)

stungssektor. Insbesondere die Mieten weisen weiterhin hohe Dynamik auf. Die Steigerung des Aufkommens einiger indirekter Steuern im Zuge der Umsetzung des Konsolidierungsprogramms (Energiesteuer, Tabaksteuer, Normverbrauchsabgabe) trägt wie die Anhebung kommunaler Tarife zu leichten Preiserhöhungen bei.

Abgeschlossen am 29. März 1996



## ■ CYCLICAL WEAKENING LEADING TO HIGHER UNEMPLOYMENT

### ECONOMIC OUTLOOK FOR 1996 AND 1997

*The persistent weakness of the international business cycle calls for a downward revision of projections for GDP growth. Thus, the Austrian economy is now expected to expand by only  $\frac{3}{4}$  percent in 1996 and 1 percent in 1997 causing a marked deterioration in the labor market. However, government deficits now appear under better control than during the past years; the new fiscal consolidation package should pave the way for Austria to participate in the European Monetary Union.*

Since last December, when the latest WIFO projections were published, economic activity in the OECD area has slackened further. Growth projections have been revised downwards for most European countries, although judgments on the business cycle outlook differ substantially: thus, for German GDP growth in 1996 they cover a range from  $\pm 0$  to +2 percent.

Major reasons for the faltering of the recovery in Europe since mid-1995 are a temporary slowdown of activity in the U.S. (as the „growth engine“ for the rest of the world), simultaneous fiscal retrenchment nearly everywhere in Europe, the inventory build-up in Europe leveling off, and the exchange rate turmoil of March 1995. Among the few encouraging signs for further developments is that, for the first time in six months, business confidence within the EU has stopped falling in January. Hope may also be gathered from the fact that in the past there have been similar setbacks to business cycle recoveries which were overcome within one year or less.

On the other hand, there is widespread pessimism among European consumers which may gain even further ground with imminent fiscal tightening. The highly synchronized consolidation efforts of many countries are likely to dampen activity in the near term. A strong rebound in demand and output in Europe may therefore be expected only as from mid-1997.

The weak international scenario is responsible for a downward revision to merchandise volume exports from +6 to +4 percent for 1996. A further shrinking should be expected for exports of tourism services, at least in 1996. In view of sluggish foreign demand, firms may remain cautious and hold back with planned investment projects despite a likely further fall in interest rates. Given

Main results

	1993	1994	1995	1996	1997
	Percentage changes				
GDP					
In real terms	+ 0.4	+ 3.0	+ 1.8	+ 0.7	+ 1.0
In nominal terms	+ 3.8	+ 6.5	+ 4.0	+ 2.7	+ 2.6
Private consumption	+ 0.7	+ 2.5	+ 1.9	+ 0.8	+ 0.3
Gross fixed investment	- 1.6	+ 6.8	+ 2.3	+ 0.2	+ 1.5
Machinery and equipment	- 8.2	+ 8.8	+ 6.1	+ 2.5	+ 4.0
Construction	+ 2.9	+ 5.6	- 0.2	- 1.5	- 0.5
Exports of goods					
In real terms	- 3.4	+ 8.7	+ 8.1	+ 4.0	+ 4.5
In nominal terms	- 4.2	+ 9.7	+ 9.2	+ 5.0	+ 5.5
Imports of goods					
In real terms	- 4.4	+ 10.3	+ 6.8	+ 2.5	+ 3.0
In nominal terms	- 4.9	+ 11.3	+ 7.4	+ 2.7	+ 3.5
Trade balance (billion ATS)	-97.7	-116.4	-115.8	-105.9	-97.7
Current balance (billion ATS)	- 8.2	- 20.6	- 47.3	- 40.5	-30.7
Percent of GDP	(%) - 0.4	- 0.9	- 2.0	- 1.7	- 1.2
Yield of long-term government bonds <sup>1)</sup>	(%) 6.7	7.0	7.1	6.2	6.2
Consumer prices	+ 3.6	+ 3.0	+ 2.2	+ 2.1	+ 1.9
Unemployment rate					
Percent of dependent labor force <sup>2)</sup>	(%) 6.8	6.5	6.6	7.3	8.0
Percent of total labor force <sup>3)</sup>	(%)	3.6	3.8	3.9	4.2
Dependent employment <sup>4)</sup>	- 0.3	+ 0.5	+ 0.0	- 1.0	- 0.8

<sup>1)</sup> 10-year central government bonds (benchmark). - <sup>2)</sup> According to labor exchange statistics - <sup>3)</sup> According to EU Labour Force Survey (microcensus) - <sup>4)</sup> Excluding parental leave and military service

the weaker outlook for sales and profits, investors may be discouraged even by interest rates on loans as low as 6 percent

Policy discussion in Austria has recently been dominated by the Federal consolidation program and strategies for higher employment. The fiscal „package“ has been designed such as to ensure that, despite cyclical weakness, the general government deficit be brought down to 3 percent of GDP by 1997, allowing Austria to meet the relevant convergence criterion and be among the first group of countries to form the European Monetary Union. However, a crucial requirement is that the European economy does not slip into recession.

The construction sector should be saved from a severe slump in activity by a Federal infrastructure investment program which, however, will not take effect before 1997. Development of overall domestic demand will largely depend on how consumers react to the fiscal policy measures. Past experience as well as econometric evidence suggest that in a situation like this the household saving ratio should fall markedly. Private consumption is therefore expected to advance moderately despite some squeeze in household disposable income.

Sluggish domestic demand should provide relief for the current external account, where the deficit is projected to narrow to ATS 30 billion by 1997. The structural problems in the balance on tourism services will remain

Trends in the labor market will be even less favorable than assumed so far. Apart from adverse weather conditions early this year, the major reasons are weaker exports, rising competitive pressure, and personnel cuts in public services. The net loss in the number of jobs may amount to 30,000 in 1996 and 25,000 in 1997, with unemployment rising by more than 20,000 in each year. For 1997, the unemployment rate is projected at 8 percent according to the conventional Austrian way of counting (based on registration), corresponding to 4¼ percent of the labor force on harmonized EU definitions (survey method).

Inflation is firmly under control. In Germany, the consumer price rise moderated to a year-on-year rate of 1.5 percent in January, in Austria it may stabilize around 2 percent. The rate of inflation is lower in Austria than in the weaker-currency countries thereby partly offsetting their competitive advantage from devaluation, although inflation differentials are generally much smaller than in the early 1980s.